

Problemfeld Ost:

## Zur Perspektive für den Arbeitsmarkt und für die Wohnbevölkerung in Sachsen-Anhalt

Karl Mai – Halle, den 15.1.01

### 1. Zur Lage

Kürzlich trat der DGB-Chef von Sachsen-Anhalt lt. Pressemeldung mit der Einsicht hervor, er erwarte in den nächsten Jahren keine nachhaltige Erhöhung der Beschäftigung und damit keine Wende auf dem Arbeitsmarkt des Landes. Diese skeptische Auffassung deutet darauf hin, dass das erwartete Wirtschaftswachstum hierzulande unter jener „Schwelle“ bleibt, ab der die Beschäftigung insgesamt regional ansteigen könnte.

Obwohl der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt in Sachsen-Anhalt in letzter Zeit deutlich angestiegen ist, muss er den parallelen Rückgang in der Bauwirtschaft ausgleichen. Folglich bleibt die Wertschöpfung in diesen beiden wichtigen Bereichen per Saldo dennoch abgebremst. Sie hängt von der weiteren Schrumpfung im Bausektor ab, dessen Leistung einen immer noch sehr hohen Anteil an der gesamten Wertschöpfung Ost hat. (Nach der amtlichen Statistik lag der Anteil des Baugewerbes an der *Bruttowertschöpfung* in S.-A. 1999 gleichhoch derjenigen des Verarbeitenden Gewerbes. <sup>1</sup>)

Die jüngste Umfrage des „IWD- Instituts für Wirtschafts- und Marktdaten“ ergab für 1999: „Die Zahl der Gesamtinsolvenzen steigt, die Baubranche lahmt, die Arbeitsmarktsituation in Sachsen-Anhalt ist mehr als ernst, die Zahl der Zwangsversteigerungen im Immobilienbereich klettert auf Rekordhöhe und die aktuelle IWD- Unternehmerumfrage zeigt einen leichten Negativtrend innerhalb der letzten 12 Monate.“ <sup>2</sup>

Gleichzeitig wird die Freisetzung von Arbeitsplätzen infolge rascher Produktivitätssteigerung im Verarbeitenden Gewerbe sowie absehbarer Umstrukturierungen im öffentlichen Dienst fortgesetzt, bei der es primär um relative Lohnkosteneinsparungen geht. Auch im Dienstleistungsbereich greift die Personaleinsparung weiter durch.

In dieser Sachlage stellt sich zweifellos die Frage, wie die längerfristige Perspektive für den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt aussieht. Es ist offensichtlich, dass hierbei auch die künftige strukturelle Verschiebung der Wohnbevölkerung in Sachsen-Anhalt einen wesentlichen Einfluss ausüben wird.

### 2. Angaben zur Bevölkerungsprognose bis 2010/2020

Indem sich u.a. durch Geburtenausfall und negativen Abwanderungssaldo die Alterstruktur ungünstig verschiebt, ergeben sich sekundär enorme demographische Folgen durch den Rückgang der späteren absoluten Geburtenzahlen. Es verschlechtern sich damit die Ausgangsbedingungen für eine gewünschte ausgleichende natürliche Reproduktion der

---

<sup>1</sup> Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Tabelle der VGR bis 1999 auf Preisbasis 1995, [www.stala.sachsen-anhalt.de](http://www.stala.sachsen-anhalt.de)

<sup>2</sup> „Wirtschaftsspiegel“, Das Wirtschaftsmagazin für Sachsen-Anhalt, Nr. 1/2001, S. 16

Wohnbevölkerung. Solange oder weil die Familienpolitik hier keinen Wandel einleiten kann, bliebe die annähernde Stabilisierung der Anzahl der Wohnbevölkerung künftig immer mehr der Immigration überlassen.

Die letzte IWH-Prognose für die ostdeutsche Wohnbevölkerung insgesamt weist auf eine deutliche Abnahme erst in der Zeit ab 2010 hin. Während bis 2010 mit nur gering abnehmender Bevölkerung (einschließlich Ostberlin) bis auf etwa 15,2 Mio. Personen gerechnet wird, deutet die Projektion bis 2020 auf einen Stand von 14,3 Mio. Einwohner.<sup>3</sup> Innerhalb dieses Rückgangs von etwa 900.000 weiteren Einwohnern Ost im Vergleich zu 2000 ist jedoch eine starke Zunahme des Anteils der Altengenerationen von 5 %-Punkten im Strukturindex absehbar. Leider differenziert die vorstehende IWH-Prognose nicht nach den einzelnen ostdeutschen Ländern und Berlin.

Die „koordinierten“ Bevölkerungsprognosen der Landesämter für Statistik sind dagegen noch aufschlussreicher. Nachstehend einige ausgewählte Angaben speziell zur aktuellen Prognose der Wohnbevölkerung für die beiden Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen:

Tabelle 1: Prognose für die Wohnbevölkerung (Tsd. Einwohner)

Jahr	Sachsen-	Index %	Thüringen	Index %
2000	2.630	100,0	2.430	100,0
2005	2.542	96,7	2.372	97,6
2010	2.491	94,7	2.327	95,8
2015	2.445	93,0	2.277	93,7
2020	2.399	91,2	2.222	91,4

Quelle: Statistische Landesämter, Tabellen der Ämter

Nach diesen Schätzungen verliert Sachsen-Anhalt bis 2010 ca. 140 Tsd. und bis 2020 weitere ca. 90 Tsd. Einwohner. Thüringen verliert bis 2010 ca. 105 Tsd. und bis 2020 weitere ca. 105 Tsd. Einwohner. In beiden Ländern sinkt die Wohnbevölkerung gegenüber 2000 auf insgesamt ca. 91 % bis 2020. (Demgegenüber schrumpft in ganz Deutschland die Wohnbevölkerung bis 2010 auf 98,7 % und bis 2020 auf 95,7 % lt. letzter Prognose der Bundesstatistik.)

Weil mit der Schrumpfung der Wohnbevölkerung eine Erhöhung des Altersanteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung einhergeht, ergeben sich komplexe Folgen für den Pflegebereich in den Kommunen:

„Der Anteil der Erwerbstätigen, die in Pflegebereichen und in lokalen, personengebundenen Dienstleistungen arbeiten, wird ab 2020 ein Niveau erreichen, das wir bisher nirgendwo in der Welt erlebt haben. Die Einkommen stammen dann zu einem wachsenden Teil aus Nettotransferzahlungen der Sozialversicherung aus dem Westen. Diese Entwicklung kann noch verschärft werden, wenn es nicht gelingt, die Arbeitsmarktsituation zu stabilisieren, oder wenn die Arbeitsmärkte in Westdeutschland einen Abwanderungssog auslösen.“<sup>4</sup> Dies wirft auch ein Schlaglicht auf die Kurzsichtigkeit jener ostdeutschen Politiker, die in der

<sup>3</sup> IWH, „Wirtschaft im Wandel“, Nr. 4/2000, S. 94

<sup>4</sup> Ulrich Pfeiffer, „Deutschland – Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“, eva 1999, S. 266

Abwanderung arbeitssuchender Jugendlicher und Berufseinsteiger vor allem eine positive Senkung ihrer regionalen Arbeitslosenquote erblicken.

### 3. „Demographische Falle Ost“

Eine enorme „Reproduktionslücke“ entsteht jedoch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt von der **Angebotsseite** der nachwachsenden Jahrgangskohorten nach 2010, die durch Abwanderung noch verschärft werden kann. Der transformationsbedingte Geburtenknick nach 1990/1991, der immer noch nicht völlig aufgeholt ist, erzeugt nun in Ostdeutschland das Phänomen einer „demographischen Falle“: ab den Jahren 2010/2012 ist der Neuzugang der dann 21-jährigen auf den Arbeitsmarkt dramatisch geringer als das Ausscheiden der Anzahl der dann 60/65-jährigen durch Verrentung. „Allein innerhalb des Jahrzehnts zwischen 2008 und 2017 werden damit mindestens fast 30 % der heutigen Erwerbsbevölkerung aus Altersgründen ausscheiden.“ Es wird z. B. für Sachsen-Anhalt ein klaffendes Arbeitskräftedefizit in Höhe von ca. 40 bis 60 % der Altersabgänge für die Folgejahre bis 2017 prognostiziert.<sup>5</sup>

Die Wirkungen dieser „Reproduktionslücke“ zeichnen sich bereits in der kommunalen Infrastruktur (Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Kinder-Folgeeinrichtungen im Gesundheitswesen und im Sport) ab, und sie werden absehbar im System der Hochschulen und Fachhochschulen ihre tradierende Spur hinterlassen. Wirkungen auf die späteren längerfristigen Transfers in die kommunalen Haushalte sind absehbar.

### 4. Entwicklung der Arbeitsplätze bis 2010

Vorerst ist mit dem Zustrom noch starker Jahrgänge bei den Berufseinsteigern zu rechnen, die bislang die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt Ost zahlenmäßig übertreffen. Die Abwanderung von jüngeren Arbeitskräften in westdeutsche Bundesländer bleibt zunächst noch erhalten und schön zwangsläufig die regionalen Arbeitslosenstatistiken.

Vom „Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung“ (IAB) liegt seit August 2000 ein Kurzbericht zum ostdeutschen Arbeitsmarkt<sup>6</sup> vor. Darin heißt es:

„Nach den starken Beschäftigungseinbrüchen Anfang der 90er Jahre in Ostdeutschland werden in Zukunft positive Beschäftigungstrends für Frauen erwartet. Insgesamt wird es im Jahr 2010 etwa 374.000 mehr Arbeitsplätze für Frauen geben als 1995 – ausschließlich im Teilzeitbereich. Im gleichen Zeitraum verlieren die Männer per Saldo 600.000 Arbeitsplätze, insbesondere im Vollzeitbereich. Für diese Entwicklungen wird allerdings vorausgesetzt, dass die Beschäftigung bis zum Jahr 2010 annähernd wieder das Niveau von 1995 erreicht...“

Das IAB zeigt nun die erwarteten **Strukturänderungen** in der Beschäftigung wie folgt: Hiernach ist ein um mindestens 10 %-Punkte erfolgreicher Rückgang der produktionsorientierten Tätigkeiten (bei einem gleichbleibenden Niveau 1995/2010 der Beschäftigung) im Trend - eine eher noch optimistische Einschätzung.

Für die nächste Zukunft heißt es in der sachsen-anhaltinischen der Zeitschrift „Der Wirtschaftsspiegel“ jedoch: „Die Erwerbstätigkeit wird erneut zurückgehen, vor allem auch durch den schrittweisen Abbau des zweiten Arbeitsmarkts... Die magischen 18 Prozent

<sup>5</sup> Ministerium für Arbeit in S.-A., „Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt“, Bd. 14, Oktober 1999, S.21/22

<sup>6</sup> IAB-Kurzbericht, Nr. 11, 28.8.2000

Arbeitslosigkeit werden sich aber auch danach kaum nach unten korrigieren lassen.“<sup>7</sup> Dies stützt die eingangs zitierte DGB-Aussage für das Land Sachsen-Anhalt.

### 5. Forcierung des industriellen Wachstums als Ausweg

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Gabriel schätzt die aktuelle Lage wie folgt ein: „Trotz aller Erfolge, die unsere Wirtschaft in den vergangenen Jahren erreicht hat, haben wir in unserem Land noch zu wenig Wirtschaft – zu wenig industrielle Kerne, zu wenig Entscheidungszentralen. Wir müssen aufpassen, dass Sachsen-Anhalt nicht zur verlängerten Werkbank wird.“<sup>8</sup> Letztere Aussage ist eine späte, aber bittere Einsicht.

Von der durch die IHK Halle-Dessau vertretenen regionalen Wirtschaft wird inzwischen energisch eine Zunahme der öffentlichen Investitionen sowie Fortführung der Wirtschaftsförderung seitens der Gebietskörperschaften eingefordert. Der Tendenz, die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Reduzierung der Investitionsausgaben im Landeshaushalt zu stützen, wird seitens der gewerblichen Wirtschaft der Kampf angesagt.

Für den künftigen Solidarpakt II führt dies zu begründeten Forderungen, die finanziellen Transfers für den Aufholprozess Ost nicht zu kürzen. Der Schwerpunkt der Anstrengungen ist jedoch auf die privaten industriellen Investitionen zu richten. Dies hat auch **Wolfgang Thierse** soeben herausgestellt, indem er in seinen jüngsten „Fünf Thesen“ für ein neues Wirtschaftsprogramm Ost schreibt:

„Die Investitionen in den ostdeutschen industriellen Kapitalstocks erreichten 1999 mit ca. 12 Milliarden Mark den niedrigsten Stand seit 1995, im Westen stiegen die Investitionen 1999 dagegen um 5,7 Prozent und erreichten ca. 90 Milliarden Mark. Bei einem geschätzten Investitionsbedarfes der Industrie Ostdeutschlands von ca. 260 Milliarden Mark werden die überwiegend mittelständischen ostdeutschen Unternehmen allein die erforderlichen Leistungen in den nächsten zehn Jahren aber nicht aufbringen können - auch nicht in Verbindung mit öffentlichen Fördermitteln in Höhe von 100 Milliarden Mark.“

Gefordert ist daher eine neue nationale Kraftanstrengung zur Mobilisierung externer Investoren, um den industriellen Wachstumsprozess Ost zu beschleunigen. Hierzu erklärte **Wolfgang Thierse**:

„Ohne externe Investitionsbereitschaft, die eine nachhaltig höhere Investitionsrate an der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich ermöglicht, kann von einem wirtschaftlichen Aufholprozess folglich keine Rede sein.“

Es ist dies eine nüchterne und zutreffende Feststellung, aus der energische Konsequenzen durch die Politik zu ziehen sind. Und Thierse fährt fort:

„Mit der Osterweiterung der EU werden vermutlich bedeutend weniger europäische Mittel aus der Regionalförderung für Ostdeutschland zur Verfügung stehen. *Deshalb muss vor diesem Zeitpunkt in Ostdeutschland eine neue Investitionsoffensive greifen, um einen weiteren Anpassungsschock zu verhindern.*“ (Hervorgehoben von mir – K. M.)

<sup>7</sup> „Wirtschaftsspiegel“, a.a.O. S. 11

<sup>8</sup> „Wirtschaftsspiegel“, a.a.O. S. 12

Diese Investitionsoffensive, vor allem in der industriellen Basis Ost, wird jedoch von der Politik bisher noch nicht als entscheidender Entwicklungsschwerpunkt durch eine neue koordinierte Strategie abgesichert. Breite Kreise der Wirtschaftsforschung, so auch Prof. Rüdiger Pohl vom IWH, erklären ihre Ablehnung gegen eine neue strukturpolitische Intervention des Staates.

## 6. Zur Landespolitik

Ein Sichthorizont der Landespolitik bis in die Arbeitsmarktprognose für das Jahr 2020 ist nicht von außen erkennbar. Selbst für die nächste Zukunft bleibt die Spitzen-Politik eine Antwort auf manche ungeduldige Frage schuldig.<sup>9</sup>

Sachsen-Anhalt verharrt bisher auf dem Stand der höchsten Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Trifft bis 2020 die Bevölkerungsprognose zu, kippt nach 2010/2012 die hohe Arbeitslosigkeit in einen fatalen Mangel an Nachwuchskräften um, der nur durch Immigration im Saldo gemildert werden könnte.

Während in Berlin für die Rentenpolitik mit Blick auf den Zeitpunkt 2030 *dramatisch* an der deutlichen Absenkung des SV-Rentenniveaus „gebastelt“ wird, bleibt die hiesige landesspezifische Sicht auf die Arbeitsmarktlage sogar nur bis 2020 weithin unklar. Dies ist ein politischer Widerspruch, denn die Prognosedaten sind letztlich bekannt.

Daraus kann sich nur die Forderung ableiten, eine neue ostregionale Sicht auf die künftige Wirtschaftspolitik freizugeben, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen und jene politischen Exponenten in der SPD zu unterstützen, die unsere regionalen Interessen artikulieren und vertreten.

---

<sup>9</sup> So z.B. gab zum Jahresanfang die Oberbürgermeisterin von Halle in einem Interview auf die nachstehende konkrete Frage leider eine wenig befriedigende Antwort: „Wie lautet Ihre Prognose für die Entwicklung wichtiger Eckdaten, wie Beschäftigung Wirtschaftswachstum, Steueraufkommen etc. für ihre Stadt bzw. für Sachsen-Anhalt?“<sup>9</sup>. Antwort von Ingrid Häusler: „Durch den weiteren Ausbau des Wirtschafts- und Innovationsparks Heide-Süd und die Errichtung des Multimedia-Zentrums (MMZ) hat Halle sehr gute Chancen, einen gefestigten Platz im Wettbewerb moderner Technologien zu sichern. Von hier werden bedeutende Impulse ausgehen, wodurch Arbeitsplätze gesichert und neue entstehen werden. Dadurch könnte auch eine Erhöhung der städtischen Einnahmen aus dem Steueraufkommen erreicht werden.“

Anhang:

Tabelle 2: Daten zum Verarbeitenden Gewerbe und zum Baugewerbe in Sachsen-Anhalt

<b>Verarbeitendes Gewerbe</b> <sup>10</sup>	Einheit	1998	1999
Betriebe	Anzahl	1.262	1.259
Beschäftigte	Anzahl	102.897	102.629
Umsatz (ohne U-Steuer)*	Mio. DM	29.660,0	31.892,1
Bruttolohn + Bruttogehalt	1000 DM	4.610.841	4.746.018
Geleistete Arbeiterstunden	1000	120.098	122.399
<b>Baugewerbe</b> <sup>11</sup>	Einheit		
Beschäftigte	Anzahl	70.697	66.183
Umsatz (ohne U-Steuer)*	Mio. DM	10.882,3	10.249,5
Bruttolohn + Bruttogehalt	1000 DM	2.813.591	2.666.204
Geleistete Arbeitsstunden	1000	90.752	85.938

\* Umsatz # Bruttowerschöpfung

Quelle: Statistisches Landesamt S.-A., Statistisches Monatsheft 11/2000, S. 34, 36

<sup>10</sup> Einschließlich Bergbau, Steine und Erden lt. statistischer Abgrenzung.

<sup>11</sup> Alle Betriebe, hochgerechnet.